Einzelnummer 3 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 60.— Mk., wöchentlich 15.— Mk. In Pommerellen: monatlich 600. — Mk. polnische Währung.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 10.— Mk., von auswärts 12,50 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 30.— Mk., von auswärts 35.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945.
Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3390.

Nr. 208 | Dienstag, den 5. September 1922 | 13. Jahrgang

Die neue Tagung des Völkerbundes

Der Völkerbund trat gestern in Genf zu seiner dritten Vollversammlung zusammen. Zunächst wurde die Wahl des Präsidenten vollzogen. Die Delegierten hatten sich bereits vorher auf den Namen des Vertreters von Chile, Edwards, chilenischer Gesandter in London, geeinigt. Er wurde mit 42 von 44 abgegebenen Stimmen gewählt und nahm die Wahl an. Es wurden dann sechs große Ausschüsse gebildet, die sich folgendermaßen in die Arbeiten der Versammlung teilen: 1. Verfassungs- und Rechtsfragen, 2. technische Organisation, 3. Abrüstung, 4. Haushalts- und Finanzfragen, 5. allgemeine Fragen, 6. politische Angelegenheiten. Außerdem wurde eine Kommission aus fünf Mitgliedern mit der Prüfung der Tagesordnungen und der eventuellen Aufnahme neuer Verhandlungsgegenstände beauftragt. Zu der bisherigen vorläufigen Tagesordnung sind hinzugekommen ein Protest Litauens gegen die willkürlichen Handlungen der polnischen Regierung bezüglich des Gebietes von Wilna, sowie auf Antrag der englischen Regierung die Frage des Handels mit pornographischen Schriften. Der im Frühjahr zurückgestellte Antrag der polnischen Regierung auf Abänderung der Verteilung der Kosten des Völkerbundes ist zurückgezogen worden.

*

Reorganisation des Völkerbundes?

Lloyd George soll ernsthaft beabsichtigen, in aller Kürze nach Genf zu reisen, um sich hier an Ort und Stelle für den Völkerbund zu interessieren. Der kluge englische Staatsmann ist der Auffassung, daß der jetzige Völkerbund auf die Dauer zu einem internationalen Verwaltungsorgan herabsinken muß, wenn nicht bald eine entscheidende Wendung in der Handhabung der Geschäfte eintritt, und soll u. a. beabsichtigen, den Versuch einer Erweiterung des Bundes durch Hinzuziehung Deutschlands, Rußlands, Ungarns und der Türkei zu machen.

Das neue Deutschland war von jeher bereit, einem Völkerbund beizutreten, der diesen Namen zu Recht trägt. Daß der gegenwärtige Bund der Völker mehr Interessengemeinschaft der Alliierten als Organisation zur Verwirklichung des Friedens in Europa ist, dafür hat gerade Deutschland in kurzer Zeit bittere Beweise genug erhalten. Unter diesen Umständen darf man es ihm in der Welt nicht verübeln, wenn im deutschen Volke wenig Geneigtheit besteht, sich der Genfer Interessengemeinschaft anzuschließen, die Deutschland letzten Endes doch nur Demütigungen bringen kann. Etwas anderes ist es, wenn der sogenannte „Bund der Völker" in Genf jetzt reformiert werden soll! Das jetzige Deutschland ist jederzeit bereit gewesen, die Hand zum Frieden zu bieten, und es wird weder Kosten noch Arbeit scheuen, die die Mitgliedschaft eines Bundes mit sich bringt, der als Friedensgemeinschaft der Völker angesprochen werden kann. Soll der gegenwärtige Völkerbund derart umgestaltet werden?

Wie notwendig seine Reorganisation ist, dafür folgendes Beweismaterial, das wir der „Berner Tagwacht" entnehmen. Das genannte Blatt, das aus nächster Nähe die Arbeiten in Genf zu beobachten vermag, schreibt u. a.:

„Der Völkerbund ist tot, wenn er wirkliche, völkerversöhnende Arbeit leisten sollte und lebt, wenn es sich darum handelt, den Völkern mit irgendeiner Resolution eine Chimäre vorzutäuschen. Als ob ihn das alles nichts anginge, schlummerte er während der Konferenzen zu Washington, zu Cannes, zu Genua, im Haag seinen Dornröschenschlaf in Genf. Ihn kümmern die weltbewegenden Probleme der Friedensverträge, der Reparationen, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der Beziehungen der Staaten zu Rußland und Deutschland nichts; er beschränkt sich allenfalls auf ein paar Resolutionen über den Mädchen- und Opiumhandel. Indes wäre es falsch, zu verkennen, daß der Völkerbund mit seinen Institutionen nicht auch sein Gutes habe. Die Angestellten dieses Bundes befinden sich recht wohl, und wer sonst irgendwie mit einer dem Völkerbund zugewiesenen Aufgabe betraut wird, fährt auch nicht schlecht. Schließlich bezahlt nicht umsonst das Schweizer Volk allein seine 830 000 Franken Völkerbunds-Beitrag. Der Völkerbund zahlt nicht nur Gehälter, die bis zu sechsstelligen Zahlen ansteigen, sondern auch ganz fabelhafte Trinkgelder."

Aus politischen Rücksichten müssen wir darauf verzichten, den Teil des Artikels, der die „Trinkgelder" betrifft, und der mit der oberschlesischen Entscheidung zusammenhängt, wiederzugeben. Interessant sind aber die Schlußfolgerungen, die die „Berner Tagwacht" an Hand ihrer Angaben, die einem geheimen Protokoll des Völkerbundsrats vom 11. Mai 1922 entstammen, macht:

„Man kann sich mit all den Unsauberkeiten abfinden. Man kann sogar über die Geldverschleuderung hinwegsehen. Wenn man sich resigniert dreinschicken, daß im hochkapitalistischen Zeitalter eben alles bezahlt, gut bezahlt sein muß, und daß es halt Sitte der Schweizer Hotelportiers ist, Trinkgelder für jede Dienstleistung in Empfang zu nehmen. Aber man höre einmal auf mit der Beweihräucherung dieser Menschen, man rede von ihrem Verdienste aber nicht von ihren Verdiensten; man spreche von ihrer Bezahlung, aber nicht von ihrem Idealismus; man schreibe über ihre Interessiertheit, aber nicht über ihre Selbstlosigkeit; und man mache den gutgläubigen Völkern nicht immer vor, alle die Völkerbunds-, Friedens- und Schiedsgerichtsonkels seien geleitet von idealen Bestrebungen und nicht etwa vom nervus rerum, dem Mammon. Man habe doch den Mut, zu erklären, um Geld und Verdienst ist es uns zu tun, die Völkerbündelei ist uns Geschäft wie alles andere auch. Das wäre wenigstens ehrlich und offen. Widerlich, ganz unheimlich widerlich und schmierig aber wird die Sache, wenn man ihr immer und immer wieder ein ideales Mäntelchen umhängt und sich selber zu den klingenden Goldstücken noch Kränze winden läßt. Denn die Eingeweihten täuscht man doch nicht, und das Ausland weiß es längst, daß der liebe Schweizer nur für Geld zu haben ist."

Sozialistisches Einigungsprogramm.

Die Parteivorstände der SPD. und USP. sind gestern vormittag zu Beratungen über die beiden Entwürfe eines gemeinsamen Aktionsprogramms zusammengetreten. An der Beratung nehmen teil für den Sozialdemokratischen Parteivorstand die Genossen Wels, Hermann Müller, Molkenbuhr, Bartels, Adolf Braun und Pfannkuch; für die Zentralleitung der USP. Crispien, Hilferding, Ludwig und Dittmann. Die Besprechung nahm einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf. Es wurde volle Einmütigkeit über das Aktionsprogramm erzielt. Das Programm soll im Laufe des heutigen Tages der Presse beider Parteien zugestellt werden. Dem Nürnberger Einigungs-Parteitag soll empfohlen werden, eine Programmkommission einzusetzen, die sodann gemeinsam ein allgemeines Programm schaffen soll.

Die Garantieforderungen.

Aus Brüssel wird gemeldet: Die Minister Theunis und Jaspar empfingen gestern die belgischen Delegierten Delacroix und Bemelmans sowie den Bankier Philippsen, der der belgischen Delegation für Berlin beigegeben wird. Zur Beratung standen die Garantien, die man von Deutschland für die Wechsel verlangen will, die Belgien gegeben werden. Theunis drückte den Wunsch aus, daß die belgischen Delegierten, abgesehen von Golddepots, nur solche Garantien annehmen sollten, die eine tatsächliche Bezahlung ermöglichen werden. Die belgischen Delegierten werden um Mitternacht nach Berlin abreisen.

*

Englische Einsicht.

Einer Havasmeldung zufolge hat Sir John Bradbury die Pariser Vertreter der britischen Presse empfangen und Erklärungen über das Reparationsproblem abgegeben. Er sagte u. a., die Frage der Garantien für die Schatzbonds interessiere ausschließlich die belgische und die deutsche Regierung; indessen würde es für das Interesse Deutschlands und für das Interesse der Reparationen nachteilig sein, wenn für einen beträchtlichen Teil der jährlichen Zahlungen Goldreserven der Reichsbank in Anspruch genommen werden würden. Augenblicklich könne von einem britischen Beitrag zur Herstellung des notwendigen Garantiefonds nicht die Rede sein. **Ohne Herabsetzung der gesamten Reparationssumme oder Herabsetzung der jährlichen Zahlungen** während einer gewissen Periode **könne der Kredit Deutschlands nicht wiederhergestellt werden**, und ohne seine Wiederherstellung werde das Finanzsystem Deutschlands und mit ihm die Hoffnung auf Reparationen unvermeidlich zusammenbrechen.

*

Die neue Konferenz.

Wie „Matin" aus Brüssel meldet, sollen von der französischen und der belgischen Regierung Schritte unternommen worden sein, die große internationale Konferenz nach Brüssel einzuberufen. Die Konferenz soll im Dezember stattfinden.

Kurierte Militaristenbündler.

In Nürnberg kam es gestern anläßlich des bayerischen Artillerietages zu Zusammenstößen mit der bayerischen Landespolizei und der republikanisch gesinnten Bevölkerung. Nur unter strengster Bewachung von Polizei, Lanzenreitern und starkbesetzten Polizeiautos konnte der stark zusammengeschmolzene Festzug der Artilleristen vor sich gehen. Der Rundmarsch des Festzuges fiel angesichts der Empörung der Bevölkerung aus. Bereits am Sonnabend hatte der Stadtrat von Nürnberg einen Beschluß gefaßt, den Festzug zu untersagen. Die Regierung hatte jedoch den Beschluß wieder aufgehoben und sogar die Plakatierung des Verbots untersagt. Dadurch wurde in der Bevölkerung eine große Empörung ausgelöst, die gestern bei dem Festzug allenthalben in Erscheinung trat. Die Empörung war zum Schluß so stark, daß die Festteilnehmer ihre Abzeichen in die Tasche steckten, die Offiziere in Autos davonfuhren und sich der Waffentag der bayerischen Artilleristen unter dem Druck der empörten Arbeiterschaft auflösen mußte. Es ist an einzelnen Stellen zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und Lanzenreitern gekommen. Verletzungen sind jedoch nicht gemeldet.

Das polnisch-französische Kriegsbündnis.

Die Moskauer Iswestija veröffentlicht Einzelheiten über die polnisch-französische Militärkonvention. Danach sieht sie die Vergrößerung der französischen Militärmission in Polen vor, die die Reorganisierung der polnischen Armee durchführen soll. Frankreich verpflichtet sich, in seinen militärischen Akademien eine gewisse Anzahl polnischer Generalstabsoffiziere auszubilden. Während eines Krieges mit Rußland verpflichtet sich die französische Regierung, die polnische Armee mit ihrer gesamten Ausrüstung zu versehen, wobei die französische Diplomatie es als ihre Pflicht betrachtet, Deutschland zu zwingen, diese Ausrüstungen nach der polnischen Grenze zu transportieren.

Die französische Regierung verpflichtet sich ferner, während eines polnisch-russischen Krieges darauf zu achten, daß Deutschland die kämpfende Rußland nicht unterstützt, und die polnische Regierung macht Frankreich darauf aufmerksam, daß man unter dieser Unterstützung die Entsendung deutscher Generalstabsoffiziere und militärischer Experten betrachten muß. Polen verlangt von Frankreich die Versicherung, daß es während des polnisch-russischen Krieges auf England einwirken wird, in der Freien Stadt Danzig nicht gegen Polen zu intrigieren. Frankreich verpflichtet sich nicht, verspricht aber, während eines russisch-polnischen Krieges im besonderen Falle die Frage der Notwendigkeit der Entsendung französischer Truppen auf den polnisch-russischen Kriegsschauplatz in Erwägung zu ziehen.

Die französische Regierung verpflichtet sich Polen gegenüber, nach Abschluß eines militärischen und politischen Bündnisses mit Rumänien, Rumänien zu zwingen, die vorher abgeschlossene Konvention zu erfüllen. Die französische Regierung, die volles Vertrauen zu Polen hat, unterstreicht in der Militärkonvention nicht, daß Polen auf die Hilfe Frankreichs nur dann rechnen kann, wenn Polen nicht zu den Angreifern Rußlands zählt.

Monarchistischer Imperialismus.

Das Posener Blatt „Kurjer Poznanski" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Parteigruppierungen in Polen. Während des Krieges hätten sich die Polen in zwei Lager geteilt, den Linksflügel mit Pilsudski an der Spitze, der eine Gründung Polens mit Hilfe Oesterreichs und Deutschlands erstrebte und daher auf Schlesien, Danzig, Pommerellen und Großpolen verzichten wollte, und dem Rechtsflügel, der auf der Einverleibung Danzigs, Schlesiens, Posens bestand und in seiner antideutschen Politik auf die Seite der Entente trat. Einer der Führer dieser Gruppe, Dmowski, habe damals gesagt: „Wir müssen von den Ostmarken Preußens alles wegreißen, was nicht deutsch ist und ihnen keinen Fußbreit Land geben. Die Weichsel muß von ihrer Quelle bis zur Mündung ganz polnisch sein. Die Deutschen werden sich mit einer Ostgrenze dicht bei Berlin begnügen müssen." Das Blatt schließt mit den Worten: „Wir müssen uns noch weiter am baltischen Meere ausbreiten und ein großes kaiserliches Polen schaffen."

Der sozialistische „Robotnik" nimmt zu den monarchistischen Posener Pressestimmen Stellung und meint, die polnische Nationaldemokratie, die angeblich bis über beide Ohren in Frankreich verliebt sei, liebe eigentlich nur das frühere kaiserliche Frankreich und hoffe auch auf ein solches. Die Nationaldemokratie agitiere in Polen, besonders in Posen, für die Monarchie und hoffe, daß der Staatschef einem polnischen Könige Platz machen werde.

Buchdruckerstreik in Wien. Die Wiener Buchdrucker sind in den Streik getreten. Dem Streik haben sich auch die Setzer der Tageszeitungen angeschlossen, so daß seit Dienstag früh in Wien keine Zeitung erscheint. In Innsbruck, Graz und Salzburg sind bereits seit zwei Tagen auch keine Zeitungen erschienen.

Der Gipfel der Unvernunft.

Die Deutschland aufgezwungenen ungeheuerlichen Kohlenlieferungen und deren Wirkungen werden von dem sozialistischen Führern und Volksvertretern von Amsterdam H. M. Vibaut einer Kritik unterzogen. Er schreibt im „Het Volk“:

„Der Friedensvertrag verpflichtet Deutschland u. a. zur Lieferung von jährlich 40 Millionen Tonnen Steinkohlen an Frankreich, Belgien und Italien. Ein Teil dieser Kohlen wird in Schiffen auf dem Rheinwege nach Antwerpen oder Rotterdam gebracht und auf diesen Plätzen zum Weitertransport nach Frankreich umgeladen. Die Schiffe aber, welche die Kohle aus dem Rheinland und Westfalen nach Antwerpen und Rotterdam bringen, werden mit englischer Kohle beladen, die Deutschland benötigt, um den Betrieb auf den deutschen Eisenbahnen und die Produktion der deutschen Industrie aufrecht erhalten zu können.

Die Sachlage ist also diese, daß die französischen Eisenbahnen, die Gasfabriken in Paris und die elektrischen Kraftzentralen mit deutschen, auf dem Rhein stromabwärts transportierten Kohlen versorgt werden, während Fahrzeuge englische Kohle rheinaufwärts bringen, damit z. B. [illegible] Eisenbahnen und die Elektrizitätswerke im Ruhrgebiet weiterarbeiten können.

Den Bestimmungen des Friedensvertrages zufolge kann Deutschland mit einem großen Teil der Kohlen, die es früher für den eigenen Bedarf verwenden konnte, nicht mehr rechnen. Dies hauptsächlich durch den Verlust der großen Bergwerke in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien und angesichts der Tatsache, daß es über die bedeutenden Gruben im Saargebiet nicht mehr verfügen kann. Allein durch die Abtrennung eines Teils von Oberschlesien ging die deutsche Steinkohlenproduktion im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 30 Proz. zurück.

Infolge der Lieferungen an Frankreich entstand in Deutschland jedoch ein harter Kohlenmangel, der durch die Einfuhr von englischen Kohlen ausgeglichen werden muß.

Auch vor dem Kriege führte zwar Deutschland, hauptsächlich für seine nördlichen Provinzen, Steinkohlen aus England ein. Im Jahre 1913 betrug z. B. die Steinkohleneinfuhr aus England ungefähr 8 Millionen Tonnen. Diese Einfuhr erfolgte hauptsächlich deswegen, weil die nördlichen Provinzen Deutschlands angesichts der geringen Frachtsätze von England nach den Uferhäfen und der hohen Eisenbahnfrachtsätze von den deutschen Bergwerksdistrikten nach dem Norden vorteilhafter mit englischen Kohlen arbeiten konnten.

Solche Erwägungen fallen jetzt ganz außer Betracht. Deutschland führt jetzt nicht aus England Kohlen ein, weil es angesichts der Transportkosten für gewisse Teile des Landes billiger ist, sondern weil es sonst keine Steinkohlen hat, um seine Eisenbahnen und Kraftwerke in Betrieb zu halten. In unmittelbarer Nähe der deutschen Gruben werden englische Steinkohlen benutzt. Ein großer Teil der Transportkosten oder der Steinkohlen, die Deutschland an Frankreich zu liefern hat, und ein großer Teil der Kohlen, die Deutschland deswegen aus England beziehen muß, werden so buchstäblich vergeudet, in dem Maße vergeudet, daß dieselben Schiffe, die die deutschen Kohlen nach Frankreich transportieren, englische Kohlen nach deutschen Kohlendistrikten und ihrer unmittelbaren Umgebung transportieren. Wenn man nicht wüßte, daß diese Regelung eine Folge des Friedensvertrages von Versailles ist, über den nun allmählich genug geschimpft wurde, könnte man an ein Irrenhaus denken, und zwar an ein solches, wo die Irren selbst regieren. Und dann würde es nicht einmal sicher sein, daß die Regelung so irrsinnig ausfiele, wie das tatsächlich der Fall ist.

Zu gleicher Zeit, wo man in Deutschland über die Auswirkung des Friedensvertrages, und zwar besonders über diese Bestimmungen klagte, hört man von Meldungen aus den englischen Kohlendistrikten, in denen mit Genugtuung auf die stark zunehmende Kohlenausfuhr nach Deutschland und Holland hingewiesen wurde. Im Monat Juli dieses Jahres wurden 1 Million Tonnen mehr nach Deutschland verschifft als im Monatsdurchschnitt 1913. Ueberdies war die englische Ausfuhr nach den Niederlanden 3½mal so groß wie die durchschnittliche Monatsausfuhr nach diesem Lande im Jahre 1913. Daraus geht hervor, daß Deutschland einen großen Teil der Steinkohlen, die vor dem Kriege ihren natürlichen Weg in Holland fanden, nun für die ihm auferlegten Lieferungen nach Frankreich benötigt. In Deutschland ist die Kohlennot so groß geworden, daß die deutsche Regierung sich gezwungen sah, die aus England eingeführten Kohlen mit der Besteuerung, die 50 Prozent betrug, zu belegen.

Wenn in den für das wirtschaftliche Leben Europas verantwortlichen Kreisen der gesunde Menschenverstand wieder einmal zu Worte kommen sollte, werden diese Bestimmungen sicher aufgehoben werden müssen, denn die Unsinnigkeit derselben ist zu offensichtlich.“

Der Krieg in Kleinasien.

Kurz vor Eintritt der Herbstperiode, die alle militärischen Operationen in Kleinasien sehr erschwert, haben die Türken eine Ueberraschungsoffensive gegen die griechische Besatzungsarmee begonnen. Als Anfangserfolg fiel ihnen im nördlichen Abschnitt Eski-Schehir und im südlichen Abschnitt Afium-Kara Hissar in die Hand, beides Eisenbahnknotenpunkte und wichtige Lagerplätze für die griechische Armee, so daß anzunehmen ist, daß die griechische Heeresleitung große Verluste an Kriegsmaterial zu verzeichnen hat, was bei dem schwierigen Nachschub von großer Bedeutung ist. Der türkische Vormarsch verfolgt naturgemäß zwei Linien. Eine Heeressäule folgt dem Bahnstrang nach der nördlichen Hafenstadt Prusa, die andere dem Bahnstrang zu der südlichen Hafenstadt Smyrna. Nach den bisher vorliegenden Meldungen haben die beiden griechischen Heeresgruppen die Verbindung miteinander verloren. Der Vormarsch auf Prusa scheint rasch vonstatten zu gehen, während die Türken im Süden, wo Uschak ein starker griechischer Stützpunkt ist, auf zähen Widerstand stoßen. Vorläufig wird abzuwarten sein, ob es den Griechen gelingen wird, die Ueberraschungsoffensive auf einer rückwärts liegenden Linie aufzuhalten. Jedenfalls zeigt sich schon heute, ein wie gewagtes Unternehmen es war, einen Teil der griechischen Truppen auf europäischem Boden vor der Tschataldscha-Linie zu stellen und so die Kräfte zu spalten.

Von Interesse ist der politische Hintergrund der türkischen Offensive. Der griechische Truppenaufmarsch auf der europäischen Seite des Bosporus vor den Toren Konstantinopels, der bereits vor geraumer Zeit erfolgt ist, verfolgt den Zweck, auf die Ententestaaten einen Druck auszuüben. Wahrscheinlich geschah diese Demonstration nicht ohne Vorwissen der englischen Regierung, die das Gebiet von Smyrna, wie es im Vertrag von Sevres vorgesehen war, Griechenland zu sichern wünschte, während Frankreich und, weniger an der Oberfläche, als Rivale Griechenlands auch Italien für die Ansprüche der türkischen Regierung in Angora eintraten. Die griechische Demonstration, die die Ententeinteressen eine Zeitlang in Atem hielt, hatte den Erfolg, daß die englische, französische und italienische Regierung dahin übereinkamen, für die Regelung des kleinasiatischen Problems eine Konferenz in Venedig anzuberaumen. Die Konferenz sollte dieser Tage beginnen. Es klingt nicht unwahrscheinlich, wenn in der englischen Presse die Ansicht ausgesprochen wird, Frankreich habe die Angora-Regierung zu dem Ueberraschungsversuch veranlaßt, um auf diese Weise den eigenen Ansichten Nachdruck zu verleihen. In der Tat wäre die Regierung von Angora kaum zu der Offensive imstande gewesen, wenn ihr das Kriegsmaterial nicht von anderer Seite zur Verfügung gestellt worden wäre. So werden auf kleinasiatischem Boden die Machtkämpfe innerhalb der Entente ausgetragen, die alles weniger als ein Zeichen von Einigkeit und vollernetzehmendem Ernste sind und bei denen die unschuldigen Türken den größten Teil der Lasten zu tragen haben.

*

Griechisch-türkischer Waffenstillstand?

Die griechische Regierung soll, wie berichtet wird, an die Mächte herangetreten sein, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. In maßgebenden Kreisen in London wird erklärt, daß die Stellung in der Athener Regierung kritisch sei. Nach einer Konferenz [illegible] Konstantinopel haben auf Ersuchen der Konsuln englische, französische, italienische und amerikanische Kreuzer den Befehl erhalten, nach Smyrna zu fahren.

Ein englischer Gewerkschaftskongreß

tagt augenblicklich in Southport (Lancashire). Es nehmen daran 800 Delegierte teil, die etwa 6 Millionen Arbeiter vertreten. Bei der Eröffnung erklärte der Vorsitzende Walker, er sehe keine Anzeichen für ein Wiederaufleben des Handels. Im Winter würden Millionen von Arbeitern große Entbehrungen leiden. Die Arbeitgeber benutzten die Lage, die jeden Tag schlimmer werde, als Entschuldigung für Versuche, die Löhne zu drücken. Walker trat für eine Revision des Versailler Vertrages, für die Zurückziehung der Besatzungsheere aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens auf dem Kontinent ein. Die Arbeiter würden nicht länger dulden, nur Figuren in dem Schachspiel zwischen den Regierungen zu sein. Für die Arbeiter auch in den anderen Ländern sei es eine Frage des täglichen Brots. Die Regelung der europäischen Probleme müsse durchgesetzt werden. Smillie erklärte in einer Rede bei einer Demonstration im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongreß, in England hungerten Millionen von Menschen und litten Entbehrungen, weil die Staatsmänner Europas die Probleme nicht im Interesse der Völker erörtert hätten.

Die Beamtengehalts-Verhandlungen.

Die Verhandlungen über die Erhöhungen der Dienstbezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter mit den Spitzenorganisationen haben gestern nachmittag im Finanzministerium begonnen. Sie sollen möglichst noch im Laufe der Nacht zum Abschluß gebracht werden.

Keine Vermehrung der Ueberschichten der Bergarbeiter.

Der Alte Bergarbeiterverband und die übrigen Verbände und Gewerkschaften haben sich gegen die Erweiterung der Ueberschichten ausgesprochen, die zur Garantierung der Reparationslieferungen in dem Plan von Stinnes vorgesehen waren. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft getretenen Ueberschichtenabkommens bereits an verschiedenen Stellen wegen der körperlichen Beschaffenheit der Bergleute auf Schwierigkeiten stößt.

Die Erhöhung der Postgebühren. Der Verwaltungsbeirat des Reichspostministeriums bearbeitet zurzeit den Entwurf der neuen Postgebührensätze. Mit Rücksicht auf die neuerlich eingetretene Geldentwertung soll der neue Tarifentwurf auf der Grundlage von 10 Mk. für den einfachen Brief und 6 Mark für die Postkarte im Fernverkehr aufgebaut werden, was zu einer sehr lebhaften Erörterung führte. Eine Entscheidung wurde noch nicht gefällt.

Weil er die Wahrheit sagte . . . Der Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Baden hat einstimmig beschlossen, Dr. Düringer aufzufordern, sein Amt als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei und sein Reichstagsmandat niederzulegen, da er das Vertrauen der Partei nicht mehr besitze!!

Düringer war bekanntlich nach dem Rathenaumord von der Hetzmethode der Deutschnationalen scharf abgerückt und hat es an derben Wahrheiten über die Gemeingefährlichkeit dieser „nationalen“ Mordpolitik nicht fehlen lassen.

Zwecklose Bemühungen. Der preußische Richterverein hat in einer seiner letzten Sitzungen über die Frage beraten, ob es sich empfehle, eine Gegenschrift gegen das Buch des Gen. Erich Kuttner „Warum verlagt die Justiz?“ herauszugeben. Nach dem Vortrage des Referenten wurde jedoch einmütig beschlossen, von diesem Plan lieber Abstand zu nehmen . . . .

Was wir im Film nicht mehr sehen möchten.

Auf eine Umfrage der „Deutschen Presse“ bei Künstlern des Films, was sie nicht mehr sehen möchten, gab Dr. Eugen Tannenbaum von der „B. z. a. M.“ folgende Antwort:

„Der Film soll und soll der Spiegel des Lebens sein. Wahrlich ist er nur ein Zerrspiegel, in dem die Dinge des Alltags grotesk, lächerliche Formen annehmen. Dank der Unkenntnis und Unachtsamkeit des Regisseurs und seiner Mitarbeiter. Es wäre weites vom Ausschalten des Allzumenschlichen erlaubt, das ich auf der Leinwand nicht mehr sehen möchte.

Ich möchte nicht mehr sehen:

daß jemand hundertlang im Wirtshaus sitzt und dem Champagner die Korke in Zahlen zerknallt;

daß ein Liebeswerben wie ein Kostümball aufgefaßt wird, oder die Pfandleihbesitzerin mit den prallgefüllten, leidbedrückten Buchstaben eines Pensionsvereins Schandscheine ausstellt.

daß der Hide brennende Brief in letzter Augenblick auf den allerletzten Meter spurlos ohne Gefahr verbrannt ist,

daß der meistbeschäftigte Weltmann Jahrelang Schulden macht, ohne Aufzeichnungen erhält und nie weiß, wie hoch sein Konto beim Herrn Kommerzienrat steht,

daß niemand ins Wasser fällt und niemals naß wird,

daß der elegant gekleidete Herr junger, unverheirateter Damen in Gesellschaft die Hand küßt,

daß der verliebte, gutsituierte Bankier ohne Gewissensbisse die Standesehre einer Tochter bricht,

Ich möchte nicht mehr sehen:

Der moralischen Rückfälligen, Damen auf Gesellschaften, die dem großen Kinder des Verwandlungstrieb der weiblichen Bauernhausfrau, deren Wohnräume einem Seifenladen ähneln, den Obstsalat gebrauchenden Mörder, den liebenden Arzt des Asyls, der dem Verbrechen der Welt hilft, dem Chor in die Wolken des Nebels hoch und verschwindend die Manschetten usw.

Aus dem [illegible] Konflikt mit Abessinien, Verschleppen, Niedermachen und Foltern, möchte ich nicht mehr begegnen. Ebenso wenig der Dame von Welt, die in Gegenwart eines Herrenbesuches, einen Herrenbesuch Damen und einer Kokette auf der Chaiselongue ihren Liebhaber entgegennahmt und beim Klange der Glocke Verschwindekünste das verführerische Kostüm und in eine [illegible] Hülle hüllt.

Ich möchte nicht mehr sehen:

jenen tierischen Ringkampf in der zweiten Schlußszene, der den Kinder abzunehmen vergessen hat; die Spreewald-Amme in tollsten Strömungen und Strudelwirbeln; die Matrosenszene mit den maschinellen Bewegungen aus dem modernen Ballett und einem Berliner Kunstgewerbeschund. Reklame schindet für Mensch, Tanzszenen oder Papenhofer Bier an den Laternenpfählen von Alt Berlin. Nun keinen deutschen Text mitten zwischen Telegrammen einer amerikanischen Zeitung oder einem deutschen Abreißkalender in einem ruhigen Gesellschaftsraum. Weltsprache, Telephonanlagen, Maschinengewehr und explosive Zeitungsplakate wirken in einem [illegible] Milieu wie aus der [illegible] Napoleonzeit [illegible], [illegible] genau“

[illegible] ich möchte nicht mehr sehen, daß [illegible] mehr seinen Mann [illegible] oder wenn [illegible] durch die Zeitung [illegible] und der [illegible] Verlobung, wenn [illegible] Bräutigam [illegible] Braut [illegible] Verlobung [illegible] Ehe [illegible] Ehe [illegible] Ehe

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 208 | Dienstag, den 5. September 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Kalter Herbst, gelinder Winter.

Mit dem Wetterprophezeien ist das schon immer so eine Sache gewesen. „Nichts Genaues weiß man nicht." Wer die Kunst erlernen könnte, dem Himmel seine Geheimnisse bis zum bekannten Tipfelchen abzulauschen, würde die Welt regieren. Unsere Wetterwarten sind vorzüglich ausgebaut, aber — erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. Wenigstens häufig. Ein einziges Gewitter mit seinen Auswirkungen wirft oft alle Berechnungen über den Haufen.

Ueber die Ursachen der kalten und regnerischen Witterung konnte selbst auf dem kürzlich abgehaltenen Kongreß der Meteorologischen Gesellschaft nichts Bestimmtes ermittelt werden, doch nehmen die Forscher an, daß die Anhäufungen großer Eismassen im Nordatlantischen Ozean die Urheber dieser unliebsamen Erscheinung sind. Falsch sei dagegen die Annahme, daß die wechselnden Phasen des Mondes eine Einwirkung auf das Wetter haben, wenn sich auch viele Laien von dieser Mond-Prognose nicht abbringen lassen werden.

Ist es schon nicht leicht und meist recht unsicher, das Wetter für den nächsten Tag mit einiger Bestimmtheit vorauszusagen, so wächst die Schwierigkeit beim Prophezeien für längere Zeit. Manche Wetteronkels behaupten allerdings das Gegenteil. Sie stellen ihre Beobachtungen nicht nur auf das rein Technische ein, sondern richten sich auch nach Erscheinungen in der Pflanzen- und Tierwelt. So soll es, wenn im Herbst die Blätter sehr spät fallen, einen milden Winter geben. Hierauf lasse auch die Abreise gewisser Zugvögel schließen. Ein vielbeachteter prophetischer Wetter-Amateur — die Laien wissen bekanntlich oft besser Bescheid als die tiefgründigsten Gelehrten, die den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen — hat bereits im Frühjahr die Witterungsverhältnisse für den Sommer und Herbst in voll zutreffendem Umfange vorhergesagt. Nach seiner Prognose haben wir im September mit einigen wenigen recht schönen und sogar auffallend warmen Tagen zu rechnen. Die Mehrzahl der Septembertage wird regnerisch und stürmisch sein. (Andere Wetterpropheten behaupten rundweg das gerade Gegenteil. Und da wir immer das Beste wünschen, wollen wir den letzteren vertrauen.) Ende September sollen schon die ersten Nachtfröste einsetzen. Der Oktober werde ein starkes vorwinterliches Gesicht zeigen, auch die erste Novemberhälfte mit reichlich Schnee. Dann aber soll es, was übrigens auch berufsmäßige Meteorologen meinen, kaum mehr strengen Frost geben. Die Weihnachtszeit werde frühlingsartiges Wetter mit abnormaler Wärme bringen. Im Februar könne man mit den Vorbereitungen zu der in diesem Jahre verregneten Saison wieder beginnen. Also alles in allem: ein strenger Vorwinter, ein milder Winter und ein vorzeitiges Frühjahr.

Das ist ein bißchen viel auf einmal prophezeit. Wir werden uns natürlich freuen, wenn alles eintrifft und die Holzwieber mit ihrem Holzwucher aufhören. Leichter ist aber doch wohl das Prophezeien der Skala des Dollarbarometers. Dabei wirds uns auch im strengsten Winter eiskalt über den Rücken laufen.

Die Arbeitszeit der Angestellten.

Es ist festgestellt worden, daß die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919, die für alle kaufmännischen Geschäfte und für alle Bureaus Geltung hat, vielfach, insbesondere von ausländischen Firmen, übertreten wird. Wir weisen deshalb in nachstehendem auf die wichtigsten Punkte hin: Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit der Angestellten darf ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten und muß von mindestens einer halbstündigen Pause unterbrochen sein. Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen sind in den Geschäftsräumen durch Aushang bekannt zu machen.

Abweichungen von der vorgeschriebenen Arbeitszeit sind nur zulässig bei Arbeiten, die in Notfällen im öffentlichen Interesse oder zur Verhütung des Verderbens von Waren oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen unverzüglich vorgenommen werden müssen. In Fällen der gedachten Art muß der Arbeitgeber die Zahl der geleisteten Ueberstunden, die Zahl der daran beteiligten Angestellten, sowie die Art der vorgenommenen Arbeiten unter Angabe des Tages in ein Verzeichnis eintragen, das jederzeit dem Gewerbeaufsichtsbeamten auf Erfordern zur Einsicht vorzulegen ist. Ferner darf jeder Arbeitgeber an zwanzig seiner eigenen Bestimmung überlassenen Tagen im Jahr die Angestellten zwei Ueberstunden machen lassen, die jedoch nicht über 10 Uhr abends dauern dürfen. Die Ueberarbeit muß vor Beginn unter der Angabe des Tages auf einer im Geschäftsraum aushängenden Ueberarbeitstafel eingetragen werden. Weitere Ueberarbeit kann, wenn Naturereignisse, Unglücksfälle oder andere unvermeidliche Störungen den Betrieb eines Arbeitgebers unterbrochen haben, von dem Gewerberat, bei Arbeiten im öffentlichen Interesse, zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit oder zur Sicherstellung der Volksernährung von dem Demobilmachungskommissar genehmigt werden. Alle Ausnahmeanträge sind bei dem Gewerbeaufsichtsamte anzubringen. An Sonn- und Festtagen dürfen Bureauangestellte überhaupt nicht und Handelsangestellte nur in den von der Ortspolizeibehörde oder dem Senat freigegebenen Fällen beschäftigt werden. Offene Verkaufsstellen mit Ausnahme der Apotheken müssen von sieben Uhr abends bis sieben Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein, sofern nicht von der Ortspolizeibehörde Ausnahmen zugelassen sind.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf Generalbevollmächtigte und die im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Vertreter eines Unternehmens, auf sonstige Angestellte in leitender Stellung, die Vorgesetzte von mindestens zwanzig Angestellten oder fünfzig Arbeitnehmern sind, auf Angestellte in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken.

Zuwiderhandlungen jeder Art werden mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark, im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, im Wiederholungsfalle mit höheren Strafen belegt.

Margarine und Dollar.

Die Margarinefabrikanten hatten die Verkaufspreise um durchschnittlich 100 Mark erhöht, so daß die billigste Sorte 240 Mark, die beste 280 Mark kostete. Diese enorme Steigerung, die sich mit einem kühnen Schwung über alle üblichen Maßstäbe der Preissteigerung auf diesem Gebiete hinwegsetzte, wurde natürlich mit der Dollarbewegung motiviert. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung ist der Margarineverband zurückgeschreckt und hat die Herabsetzung des Margarine-Wiederverkäuferpreise auf 178 Mk. versprochen. Aber auch das würde immer noch nicht dem Dollarkurse entsprechen. Man sieht also auch hier wieder, daß die Waren nicht in gleichem Maße mit dem Dollar fallen, wie sie mit ihm steigen. Mit Recht weist das „Berliner Tageblatt" darauf hin, daß mindestens die Ende voriger Woche beschlossene Erhöhung der Margarinepreise um 100 Mark weit über das Ziel hinausschoß. Sie beschränkte sich nämlich nicht darauf, dem amtlich notierten Dollarkurs Rechnung zu tragen, sondern richtete sich nach den höchsten im freien Verkehr genannten Dollarkursen, zu denen aber nun minimale Umsätze stattfanden, und die nach ganz kurzer Dauer wieder von einem Rückgang abgelöst wurden. Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß gerade die Margarinefabriken, die ja angeblich 80 Prozent ihrer Rohstoffe aus dem Auslande beziehen, sich zu diesen höchsten Spitzenkursen mit Devisen eingedeckt haben. „Ueberhaupt kann man annehmen", so bemerkte das „B. T.", „daß die importierenden Industrien sich bereits zu früheren wesentlich niedrigeren Devisenkursen mit ausländischen Zahlungsmitteln in ziemlich erheblichem Umfange vorgesorgt haben, so daß ihre Rohstoffeinkäufe nur zum geringen Teil auf Grund der jetzigen hohen Devisenkurse erfolgen. Gerade diese Voreindeckung mit Devisen war es u. a., die die Markentwertung so außerordentlich verschärft und die Valuta über das notwendige Maß hinaus zerrüttet hat. Aber erfolgt schon eine solche weitgehende Voreindeckung, so sollte die Industrie auch nicht jeder — vielleicht vorübergehenden — Steigerung der ausländischen Valuten, die für ihre Rohstoffkäufe und Rohstoffpreise in Wirklichkeit gar nicht oder nur zum geringen Teil maßgebend ist, dazu benutzen, um ihre inländischen Verkaufspreise immer an die höchsten Spitzen der Devisenbewegung anzupassen, ja, sogar zum Teil noch über sie hinauszutreiben. Was die Margarineindustrie anlangt, so ist es zwar richtig, daß ein großer Teil ihrer Rohstoffe für die Fabrikation aus dem Auslande stammt. Aber auf der anderen Seite stecken auch in dieser Fabrikation Produktionskostenelemente, wie Löhne, Kohlenpreise, Transportkosten, die sich nach der inländischen Geldentwertung richten. Auch die Margarineindustrie wandelt nicht den ganzen Erlös, den sie für ihre Waren in Papiermark erhält, in Gulden um, sondern sie gibt nicht unbeträchtliche Teile dieser Erlöse wieder in Papiermark im Inlande aus."

Es wäre daher durchaus möglich und sehr zu wünschen, daß die Margarinefabriken eine weitere Preisherabsetzung für dieses so viel konsumierte Nahrungsmittel schleunigst vornehmen würden.

Streik der Danziger Mühlenarbeiter.

Uns wird geschrieben: Seit Sonnabend stehen die Mühlenarbeiter im Streik. Als Arbeitnehmer in den lebenswichtigsten Betrieben sind sich die Mühlenarbeiter voll bewußt, daß ihnen die Sympathien der Bevölkerung voll zur Seite stehen müssen, wenn die bisherigen Lohnverhältnisse bekannt werden. Die Mühlenarbeiter forderten einen Spitzenlohn von 3000 Mark. Niemand kann bestreiten, daß auch mit diesen Löhnen noch kein Auskommen gewährleistet ist, zumal Danzig, was unbestritten ist, sich zu einer der teuersten Städte entwickelt hat. Trotzdem waren die Arbeitnehmer bereit, ein auch nur einigermaßen annehmbares Angebot der Arbeitgeber anzunehmen. Was taten aber die Arbeitgeber? Sie ließen durch den Syndikus des Arbeitgeberverbandes erklären, daß man nicht gewillt ist, über 2200 Mk. hinauszugehen, lehnte jede Verhandlung ab und stellten anheim den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Die Arbeitnehmer mußten dieses mit Recht als eine Provokation auffassen, zumal nicht von der Hand zu weisen ist, daß den Herrn Arbeitgebern der Streik nicht ungelegen ist. Nicht etwa, daß sie keine Beschäftigung hätten, daran fehlt es ihnen nicht. Aber man will durch den Streik einen Druck auf das Wirtschaftsamt ausüben, damit die Mahllöhne erhöht werden, dessen ungeachtet lassen sich die Arbeitnehmer nicht als Vorspann benutzen. Mögen das die Herren unter sich ausmachen.

Die Geldentwertung hat ihnen in kurzer Zeit Millionen mühelos in den Schoß geworfen. Auf der anderen Seite lehnt man jede Lohnverhandlung ab, und will die Arbeiter, die doch alle Werte schaffen, mit einem Hungerlohn abspeisen. Hätten die Arbeitgeber genügend freies Getreide zu mahlen, so wäre man auch zur Verhandlung bereit gewesen. Wo es aber um das Umlagegetreide geht, da mag nach Ansicht dieser Herren die Bevölkerung sehen, wo sie Brot bekommt. Und wenn angesichts der bisher gezahlten Hungerlöhne von 1250 Mark ein Arbeitgeber einem seiner Arbeiter gegenüber äußert, es geht bis zum Weißbluten, so mag sich dieser „Edelmann" gesagt sein lassen, die Arbeitnehmer sind bereits weißgeblutet, deshalb geht der Kampf bis zum Erliegen, wenns nicht anders sein kann.

Bemerkt muß noch werden, daß die Dahlmann-Mühle in Oliva, die doch auch als viel kleinere Mühle Kommunalgetreide mahlt, ihren Arbeitnehmern 2700 Mark und eine Teuerungszulage von 1000 Mark bewilligt hat.

Im Suff.

Der Kaufmann Johannes D. in Danzig hatte sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen Unterschlagung von 20 000 Mark deutschen und 80 000 Mark polnischen Geldes zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits viermal vorbestraft. Er hatte für seine Firma Besorgungen in Neufahrwasser zu machen und erhielt eine größere Geldsumme mit. Von diesem Gelde behielt er die 20 000 und 80 000 Mark zurück und ging damit auf eine größere Kneiptour, die ihn auch nach Zoppot führte. Nach seiner Aussage will er dabei die Aktentasche mit dem Gelde verloren haben. Eigenes Geld besaß er nur 150 Mark. Verkneipt hätte er „nur" 2 bis 5000 Mark. Er fand in den verschiedenen Kneipen stets Freunde und Freundinnen, die mit ihm mithielten und will so betrunken gewesen sein, daß er nicht weiß, wo das Geld blieb. Das Geld ist verschwunden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis, wobei eine geistige Minderwertigkeit angenommen wurde. Eine beantragte Strafaussetzung wurde abgelehnt, da hier nicht Leichtsinn und keine Aussicht auf Besserung, sondern Verdorbenheit vorliege.

Der Bureauhausbau am Heumarkt ist anscheinend aufgegeben worden. Die vom Bahnhof Petershagen nach dem Baugelände geführte Gleisanlage, die vor dem Bauarbeiterstreik fertiggestellt war, führt ein beschauliches Dasein. Nach Beendigung des Streiks sind keinerlei Anstalten getroffen worden, um die Arbeiten fortzuführen.

Wegen Kuppelei wird bekanntlich auch derjenige bestraft, der Sittenmädchen bei sich aufnimmt und es duldet, daß sie ihr Gewerbe ausüben. So wurden vom Schöffengericht ein Arbeiter und seine Ehefrau deswegen zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. — Eine Arbeiterfrau, die Sittenmädchen bei sich aufnahm, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wurde unter Berücksichtigung ihres Notstandes mit 3 Tagen Gefängnis bestraft.

Scharfenberg (Danz. Niederung). Durch Starkstrom getötet. Auf dem Grundstück des Hofbesitzers Ehling ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Der 17 Jahre alte Schmiedelehrling Otto Ruth kam beim Dreschen mit der Hand der Steckdose zu nahe und wurde durch den elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

Die Zauberflöte.

Eröffnung der Opernspielzeit im Stadttheater

Eine hübsch aufgefrischte Aufführung von Mozarts „Zauberflöte" leitete gestern die diesjährige Opernspielzeit ein und gab zwei neuen Mitgliedern des Opernensembles Gelegenheit, sich vorzustellen. Fritz Meurs sang den Sarastro, mit dem (neben der Königin der Nacht) „Die Zauberflöte" steht und fällt und erwies sich mit dieser Leistung als unbedingter Gewinn für unsere Oper. Noch kennt er nicht die heimtückische Akustik des Raumes und wird sich erst allmählich darauf einzustellen haben; auch über die Tiefen war er nicht immer Herr und Gebieter, doch seine Stimme ist ein klangvoller, edeltimbrierter Baß, der Kultur hat; was der Künstler darstellerisch bot zeugte in jeder Beziehung von guter Tradition. Einen ganz vorzüglichen Eindruck hinterließ Theo Thements Sprecher, der eine deklamatorische Musterleistung bot, auch stimmlich ein schönes Stück vorwärts gekommen zu sein scheint.

Sonst ist die Besetzung ungefähr die gleiche wie in der verflossenen Spielzeit geblieben; Paula v. Kronau stellte die Königin der Nacht und blieb von dem Ideal weitab. Aber wo ist heute noch eine wirkliche Vertreterin dieser Rolle, und das, was Paula v. Kronau bot, war wenigstens als reine Koloraturleistung durchaus bravourös für unsere Verhältnisse. Ganz und gar nicht habe ich mich mit Fredy Buschs Tamino befreunden können, der einen seltsamen Hang zu stimmlichen Kraftmeiereien entwickelte, was er sich doch ganz gewiß nicht leisten kann, und damit recht erheblich von Mozartischer Linie abwich. Wie wohltuend maßvoll blieb daneben Reing Backhaus' Pamina! Obwohl noch in den Fesseln der Technik und einer eben überstandenen schweren Erkältung saß und hörte man doch überall, daß sie recht erhebliche Ansprüche an ihre Leistung stellt, die als Spiegel inniger Gläubigkeit wieder mit das Beste des Abends war; und vor allem: Mozart.

Einen munter-beweglichen, aber niemals ins Hanswurstige umschlagenden Papageno bot Rich. Ludewigs und Elly Gladitsch sang die verwandelte Papagena gleichfalls ansprechend. Walter Mann dagegen kann seinem Monostatos noch mehr lauernde Lüsternheit geben und dafür etwas vom Clown streichen. Die Trios, sowohl das der Damen wie der Knaben, konnten noch mehr Schattierung vertragen.

Otto Selberg erwies sich wie schon früher als kundiger Mozartmusiker, der die Tongedanken zu profilieren und auch zum Ganzen zu einen versteht. Aber mit dem Orchester, das gestern noch sehr, sehr hart klang, wird ihm noch ein gehöriges Stück Arbeit für diesen Winter bevorstehen.

Julius Brischkes Hauptverdienst war es, daß er dieses Spiel aus altchristlichem Mythos und Tausendundeine Nacht trefflich auf Volkstümlichkeit und naive Gläubigkeit baute. Die Lumpen mit den lächerlich-bärtigen Sphinxen und all dem andern ägyptischen Plunder kann er natürlich nicht verbrennen, aber in mancher Hinsicht ließe sich doch noch mehr mit der alten Schablone brechen: Muß denn Papagena immer noch hinter der Maske miauen statt vernünftig den Ton eines alten Weibleins anzuschlagen? Läßt sich nicht für die Sarastro-Gruppe, Männer und Frauen, Einheitlichkeit des Kostüms erreichen, wodurch die ganze Szene an Würde und Ruhe gewinnt? Wäre nicht in der großen Prüfungsszene etwas malerische Entfaltung möglich, statt das Ganze so matt und eindruckslos vorüberziehen zu lassen? Und sollte es denn wirklich gar so schwer sein, drei talentierte Knaben für das Terzett aufzutreiben? Anderswo ist es doch gelungen, warum sollte es hier nicht gehen? Und noch eine Reihe anderer Verbesserungen ließen sich wohl erreichen und damit einmal eine wirkliche „Neuinszenierung" statt einer alten Hose mit ie und je einem neuen Flick darauf.

W. O.

Aus dem Osten.

Putzig. Nach alter Tradition der Apotheker-Berufsstand.

Marienburg. In dem Streit der Bauhandwerker wurde entschieden, daß bei Einquartierung für Bauhandwerker 3,50 Mk. gezahlt. Die Arbeit ist deshalb noch nicht aufgenommen, weil die am Streik beteiligten Gehilfen nicht vollzählig eingerückt werden sind. Verhandlungen darüber laufen noch.

Marienwerder. Brandstifter haben in zwei Nachbargemeinden dasselbe Scheunen angezündet. In Lunau Besitzer Hannuschkowski die Scheune des Besitzers Neumann in Pelkram und Stall und Scheune des Gutsbesitzers Radtke in Liessau wieder. Beim ersteren Gemeindevorsteher sind 800 Zentner Getreide verbrannt. Zeugen haben Brandstifter und dingfest gemacht werden, ein Mädchen ist entlassen.

Königsberg. Preußische Milchpanscher. Die Königsberger Strafkammer verurteilte den Milchverkäufer Rinefard wegen Milchverfälschungen zu drei Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe. Von den Mitklägern erhielten Pfaff, Post Mark Geldstrafe, Wiesenberg drei Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, Kühn 1000 Mk. Geldstrafe, Borowski sechs Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Goldap. Wie ein Märchen anmutet, was aus der nahen Nachbarstadt, die dicht an einem der großen Truppenübungsplätze liegt, berichtet wird. In dem Teil, nicht weit vom Ufer, waren Blindgänger gefunden. Da der Zünder aus Messing bestand, wurde dieser abgeschraubt, um veräußert zu werden. In dem Gebäude war die Pulverladung bereits entfernt, und um diese aus dem Geschoß „auszublasen" zu lassen, wurde dieses in das Feuer (!) des Herdes eines Milchgeschäftes gelegt. Nachdem dies geschehen war, wartete der Besitzer hinter einem dicken Weidenbaum der Dinge, die da kommen sollten. Mit großem Getöse flogen Herd und Waldbaumhaus in die Luft.

Berlin. Straßenbahnangelegenheiten. In der Stadtverordnetenversammlung hatte die Sozialdemokratie einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung in der nächsten Sitzung Vorschläge zu machen über die anderweitige Benennung aller Straßen und Plätze, deren Bezeichnung an die frühere Fremdherrschaft, an Dynastien oder an Kriegstaten erinnert. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zwickau i. Sa. Die Gattin des Millionärs Schmidt-Lorch vergiftet. Seit Wochen wurden Herrn Kommerzienrat Schmidt-Lorch von einem unbekannten Schmutzbriefe und Drohbriefe zugesandt. Der Absender forderte unter Androhung der Ermordung seiner Kinder 30 000 Mk. Lösegeld. Herr Schmidt-Lorch wohnte seine Frau in Lichtentanne an einem der ersten Tage, wo sie und ihre Angehörigen den Weg und weiten Zeitraum entdeckten. „Silvesterabend" sollte sich eine Verbindung herstellen mit Aufforderung Geld-Niederlegung. Zum Zweck Geldübergabe wurde in Zwickauer Gebirge Gelände. Die dem Verbrecher wich wurde noch die Zeitung mit [illegible] Welt gefunden und beigelegt.

Vandsburg. [illegible] Der hiesige Landwirtschaftliche Verein hatte [illegible] Vorsitzenden Landrat Dr. Schwarz-Schlochau, Rittergutsbesitzer von Oppeln-Bronikowski-Gr. Wittenberg und Amtsvorsteher Schmidt-Gr. Wittenberg [illegible] Der Verein war in der Zeit seit der Epoche Wilhelm II. gegründet. Der Verein bezweckt den Bezug von besserer Saat zu geben und pflegt, [illegible] Versammlungen Vorträge zu halten, die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen.

Memel. Umgestaltung der sozialen Versicherung. Auf Verlangen der deutschen Reichsregierung ist das Memelgebiet gezwungen, die Umgestaltung der sozialen Versicherung schon zum 1. Januar vorzunehmen. Landesdirektor Mayer unterbreitete den interessierten Personen und Verbänden den in einer Denkschrift niedergelegten Umgestaltungsplan. Danach sollen Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherungen in eine Versicherung zusammengelegt werden. Die Vorlage weist viele Verbesserungen auf. So wird die Invalidenrente bei 70 Prozent Invalidität und Altersrente vom 60. Lebensjahre beginnen. Versicherungspflicht beginnt mit dem 14. Lebensjahr. Die Denkschrift wurde grundsätzlich angenommen, jedoch anderseitig vom Reichsarbeitsminister verlangt, angesichts der besonderen hiesigen Verhältnisse eine Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes zu erbitten.

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Mittwoch, den 6. September, abends 7 Uhr, in der Aula der Hufenschule, Heilige Geistgasse 111:

Sitzung der Vertreter von Danzig-Stadt und sämtlicher Bezirksvorstände.

Tagesordnung:

1. Einzugsangelegenheiten. Referent Genosse Hansen.
2. Geschäftliches.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Erscheinen sämtlicher in Betracht kommenden Genossinnen und Genossen unbedingt notwendig ist.

Der Landesvorstand.

Riga. Das englische Geschwader, das zum Besuche in der Ostsee weilt, hat sich geteilt. Der eine Teil, mit dem Prinzen Georg an Bord, ist in Reval eingetroffen und begibt sich weiter nach Helsingfors. Der andere Teil, der aus drei Kreuzern und vier Zerstörern besteht, besucht die lettländischen Häfen. Er ist in Riga festlich empfangen worden und begibt sich von hier nach Memel und Danzig.

Polen. Erhöhung der zur Ausfuhr freigegebenen Geldsumme. Die zur Ausfuhr auf Grund eines Auslandspasses freigegebene Geldsumme wurde von 2000 auf 10 000 Mark erhöht und für die Reise nach Danzig von 150 auf 1000 Schweizer Franken.

Aus aller Welt.

Folgenschwere Explosionskatastrophe. Auf dem Schrottwerk des Eisen- und Stahlwerks Hoesch in Dortmund ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, wobei drei Arbeiter getötet und und anderer schwer verletzt wurde. Beim Schneiden eines Rohres entstand eine Explosion. Nach Aussagen der Zeugen handelte es sich um ein einfaches altes Rohrstück, in welchem Sprengstoff verborgen gewesen sein muß. Es fehlt jeder Anhalt dafür, wie die Sprengstoffe in das Rohr gekommen sind.

19 Zuchthäusler entflohen. Aus dem neu eingerichteten Zuchthauskommando Vinnenwar in Hannover, welches von der Strafanstalt Lingen geleitet wird, sind 19 Zuchthäusler entflohen. Sie sind erst am Tage vorher von Lingen nach dem Kommando überführt worden und benutzten die erste Nacht gleich zur Flucht.

Dreißigtausend Granaten explodiert. In Poitiers (Frankreich) ist gestern früh ein Munitionsdepot, in dem eine Feuersbrunst ausgebrochen war, mit dreißigtausend Granaten in die Luft geflogen. Es flogen auch Granaten in die Stadt. Mehr als anderthalb Kilometer vom Explosionsort entfernt wurde an militärischen Gebäuden und Privathäusern bedeutender Schaden verursacht. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Bürgermeister als Schieber. Vor dem Schöffengericht in Neustadt a. d. H. hatten sich die beiden Bürgermeister und vier Stadträte zu verantworten, weil sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Brennstoffausschusses das der Stadt angewiesene Holz aus dem Stadtwalde mit Gewinn an einen Holzhändler verkauft hatten. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 1000 Mk. Geldstrafe und zur Tragung der Gerichtskosten. Ein mildes Urteil.

Ein Personenzug im Wartesaal. Am 1. September, nachmittags, ist ein von Breslau kommender Personenzug bei der Einfahrt in den Bahnhof Annaberg, Oberschlesien, über den Prellbock des Einfahrtsgleises hinaus durch den Rollschuppen in den Wartesaal dritter Klasse des Empfangsgebäudes gefahren. Der polnische Zugführer, ein deutscher Zugabfertiger und einige Reisende sowie ein im Wartesaal sich aufhaltendes Kind sind leicht verletzt worden. Der Unfall ist vermutlich auf verspätetes Einsetzen der Luftdruckbremsen zurückzuführen.

Die Rhönflieger nach London und Neuyork eingeladen. Die Rhönflieger Hentzen und Martens sind unter glänzenden Bedingungen eingeladen worden, in Neuyork und London Schauflüge zu veranstalten. Diese Einladungen sind von der „Newyork World" und von der „Daily Mail" ergangen. Das Neuyorker Blatt hat den amerikanischen Flieger Jahre, die „Daily Mail" den englischen Flieger Reynolds nach Deutschland entsandt. Sie sollen mit den deutschen Fliegern ein Abkommen treffen, noch in diesem Herbst in Neuyork und London zu fliegen.

Verzweiflungstat infolge Teuerung. Eine 36jährige Frau sprang in Verzweiflung wegen der Nahrungssorgen in das Eisenbahnbassin bei Homberg. Belgische Soldaten brachten sie jedoch wieder an Land. Die Frau gab ausdrücklich an, daß die augenblickliche Teuerung sie zu diesem Schritt veranlaßt hätte.

Eine mutige Frau. In Wiesrode bei Aschersleben bemerkte die Frau des Gutsbesitzers Misch, als sie mit ihrer Tochter vom Felde zurückkehrte, einen Einbrecher, der sich unter dem Tisch versteckte. Die Frau nahm das Jagdgewehr ihres Mannes von der Wand und trieb den Einbrecher in eine Ecke, bis die Tochter inzwischen Hilfe von den Nachbarn herbeigeholt hatte. Man fand bei ihm wertvolle Beute.

Wie Nackttänze auf einen „Provinzler" wirken. Wenig Glück hatte der Agent eines heimlichen Spiellokals in Berlin, in dem auch Nackttänze gezeigt wurden. Er sprach auf der Straße einen Biertischen an und forderte ihn zu einem Besuch in einer lustigen Nachtionalstätte mit Bar und allem andern Komfort auf. Der Herr äußerte, daß er sich gern einmal so eine Sache ansehen würde, zumal er aus der Provinz auf Besuch nach Berlin gekommen wäre. Der Provinzler wurde in die Wohnung eines Photographen geführt und befand sich plötzlich im Kreise von zwanzig Personen im Alter von 21 bis 24 Jahren, die um einen Spieltisch saßen und verbotene Kartenspiele spielten. Als er etwas spendierte, zeigte man ihm einige Nackttänze. Der Herr war über all diese Dinge so erfreut, daß er den Unternehmer um die Erlaubnis bat, seinen in der Nähe auf ihn wartenden Freund, ebenfalls einen Provinzler, mitbringen zu dürfen. Der Photograph war nicht wenig überrascht, als plötzlich ein Vollauto mit 20 Beamten der Schutzpolizei vor seiner Tür hielt. Aus dem Wagen stieg der Provinzler, der sich als Kriminalbeamter vorstellte und seine liebenswürdigen Gastgeber aufforderte, mitsamt ihren Spielgeräten, ihren Kunden, ihren Konzessionen und ihrer bisherigen Einnahme in dem Auto zur Verfügung gestellten Automobil mitzukommen.

Versammlungs-Anzeiger

Volkstagsfraktion.

Erste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Dienstag, den 5. September, abends 7 Uhr, im Fraktionszimmer. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

S.P.D. 9. Bezirk.

Dienstag den 5. d. Mts., abends 6½ Uhr, in der Wohnung des Gen. Behrend, Petershagen h. d. Kirche 9, 2 Tr. Referent: Vorstandssitzung.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Danzig.

Mittwoch, den 6. d. M., im Deutschen Gesellschaftshaus, Heilige Geistgasse 107, 1 Tr., abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung.

Freie Turnerschaft Danzig

Dienstag, den 5. Sept., abends 6½ Uhr: Vorstandssitzung im Heim, Weidengasse 2, Zimmer 22.

Der Sprung in die Welt

16 **Ein Junggesellenroman von Arne Riefler.**

Nicht viel Zeit für die Jahre. „Wir schweben über [illegible] Deutschland hin. Ich glaube, bei jedem von uns und finden sich etwas Plattdeutsches, wir haben uns immer herumgetrieben und [illegible] auf dem Spielplatz von Wesen der Vorgänge damals [illegible] hat, weiter und [illegible] Zeiten unsere Kameraden [illegible] Leute und [illegible] Wunderlandschaften entdeckten. Wir [illegible] Vaters Bücher [illegible] Es ist natürlich kein Wissenschaft [illegible] Sie müssen [illegible] Sachen entdecken. Wir eine Zeitung [illegible] Vier oder fünf Jahren mußte bei uns [illegible] Vorlesungsabend [illegible] dessen Inhalt [illegible] Ich weiß [illegible] Es lernte ebenfalls Schlosser [illegible] Sie kam [illegible] es bei uns [illegible] [illegible] Sie [illegible] Wissen [illegible] Vaters [illegible] Wissen [illegible] Vaters [illegible] Wissen [illegible] Vaters

Danziger Nachrichten.

Ergebnislose Teuerungsberatungen.

Der Wirtschaftsausschuß des Volkstages setzte gestern seine Beratungen über die vorliegenden Anträge und Gesetzesvorlagen auf Bekämpfung der Teuerung fort. Man kam aber über eine allgemeine Aussprache nicht hinaus. Der Senat ließ durch seinen Vertreter erklären, daß er auch einer nur teilweisen Wiedereinführung der Zwangswirtschaft ablehnend gegenüberstehe. Als Grund dienten ihm die unzulänglichen Erfahrungen des Zwangswirtschaft während des Krieges, obwohl natürlich niemand daran denkt, die Zwangswirtschaft in ihrer damaligen bureaukratischen Form mit all ihren Schäden wieder einzuführen. Wobei nicht vergessen werden darf, daß an dem Scheitern der Zwangswirtschaft nicht zuletzt auch das volkommene Versagen der Justiz, die über die groben Uebertretungen und Schiebungen sehr milde hinwegging und sich nur der Bestrafung der kleinen Vergehen widmete. Aber das ist dem Senat natürlich ebenfalls bekannt und wenn er ernstlich wollte, würden sich auch Mittel und Wege finden lassen, die wichtigsten Nahrungsmittel in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen, ohne daß sich die bekannten Schäden wieder zeigen müßten. Dem Senat kommt es jedoch anscheinend nur darauf an diese Bedenken vorzuschieben, um seine Untätigkeit dahinter zu verbergen.

Weiter wurde in der Sitzung davon Mitteilung gemacht, daß Polen gegen das beschlossene Ausfuhrverbot für Milch und Molkereiprodukte Einspruch erhoben habe, da ein solches gegen das Wirtschaftskommen verstoße. Dieser Protest Polens dürfte jedoch kaum ernst zu nehmen sein, denn die polnische Regierung hatte sich bekanntlich zuerst mit dem Erlaß dieses Ausfuhrverbots einverstanden erklärt. Auch wurde in der Sitzung mitgeteilt, daß polnischerseits noch immer Ausfuhrsperren gegen Danzig vorliegen. So lassen viele Storosten kein Vieh aus ihren Kreisen nach Danzig. Polen müßte sich also zunächst selbst erst an die Abmachungen halten. Ueber die Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbots soll weiter verhandelt werden. Die Einführung von Höchstpreisen für Vieh und Fleisch lehnte der Senat ab. Als einziges Zugeständnis ist nur zu vermerken, daß ein Verbot der Herstellung von Vollfett-Käse verhängt werden soll. Gegenüber den Anträgen auf Regelung der Kartoffelbewirtschaftung wandte der Senat geltend, daß sie des Bedarfes eingeführt werden müßten. Das Wirtschaftsamt soll jedoch Vorschläge für die Sicherstellung der Kartoffelversorgung machen. Auf Antrag von sozialdemokratischer Seite wurde angesichts des neuerlich negativen Ergebnisses der Sitzungen beschlossen, erst noch einmal die Fraktionen zu den Vorlagen Stellung nehmen zu lassen.

Verdreifachung der Einkommensteuer für Oktober – Dezember.

Der Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, daß zu dem für Oktober bis Dezember 1922 fälligen Betrag der Einkommen- und Körperschaftssteuer ein Zuschlag v. H. 200 Prozent erhoben wird. Der Steuerbetrag und der Zuschlag sollen in drei gleichen Raten am 15. Oktober, 15. November und 15. Dezember gezahlt werden. Artikel 2 des Gesetzentwurfes bestimmt, daß dieser Zuschlag von den Personen erhoben wird, die 15 000 Mark und darüber versteuern. Der Senat verlangt die Ermächtigung, evtl. Härten zu mildern.

In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es: Infolge der in den letzten Wochen eingetretenen rapiden und katastrophalen Geldentwertung sind die Ausgaben in dem Staatshaushalte auf allen Gebieten um das Vielfache gestiegen. Das Defizit im Staatshaushalte ist nach dem heutigen Stande auf mindestens 400 Millionen Mark zu schätzen. Es ist unerläßlich, auch die Einkommensteuer zur Deckung noch für dieses Jahr in erheblichem Maße heranzuziehen. Der dem Volkstage vorgelegte Gesetzentwurf, der die Besteuerung nach der Gegenwart vorsah, ist vom Steuerausschuß nicht weiter behandelt worden, weil der Steuerausschuß der Auffassung war, daß wegen der vorgerückten Zeit das mit der Besteuerung nach der Gegenwart verbundene Gehalts- und Lohnabzugsverfahren für das gegenwärtige Jahr sehr schwer durchgeführt werden könnte. Man wollte daher die Regelung bis zum 1. Januar hinausschieben und von diesem Zeitpunkt ab Gegenwartsbesteuerung und Lohnabzugsverfahren einführen. Infolge der seitdem eingetretenen Geldentwertung ist aber eine Neuregelung auch für dieses Jahr dringend notwendig geworden. Es wird vorgeschlagen, daß für die Zeit vom Oktober dieses Jahres bis zum Januar nächsten Jahres ein fester Zuschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 200 Prozent der von dem Pensiten zu zahlenden Vierteljahressteuer erhoben werden soll.

Die Polonisierung Danzigs.

Die Bahnhofsbuchhandlungen einer polnischen Firma zugesprochen.

Die Bahnhofsbuchhandlungen des Freistaates hat seit 82 Jahren die Firma Georg Stilke, Danzig-Berlin, gepachtet. Anfang 1922 wurde der Firma von den Polen zum 1. Oktober 1922 gekündigt mit der Begründung, Stilke sei keine Danziger Firma. Es erfolgte eine Neuausschreibung. Die Firma Stilke, die als Danziger Firma von der Handelskammer anerkannt ist und hier ihre Steuern zahlt, hat sich auch an der Ausschreibung beteiligt und 40 000 Mark mehr als alle anderen Firmen geboten. An zweiter Stelle steht bei der öffentlich bekanntgegebenen Ausschreibung die alte Danziger Firma Saunier, an dritter Schwital u. Rohrbeck, und zuletzt die polnische Firma Danziger Buchhandlungs- und Reklamebureau G. m. b. H. (Inhaber Ruch und Dahmke), die erst seit April dieses Jahres als Danziger Firma eingetragen ist.

Es erfolgte in dieser Angelegenheit eine kleine Anfrage aller Parteien von rechts bis zu den Sozialdemokraten an den Senat. Diese Anfrage ist eingehend vom Danziger Senat beantwortet worden mit der Feststellung, daß kein Grund vorläge, eine Aenderung vorzunehmen.

Ohne sich auch nur im geringsten um das Ergebnis der Ausschreibung und die Ausführungen des Senats zu kümmern, und trotz des Protestes des Delegierten der Danziger Eisenbahnverwaltung hat das Warschauer Ministerium die Bahnhofsbuchhandlungen dem Danziger Buchhandlungs- und Reklamebureau zugesprochen.

Der Senat hat eine Note an den Oberkommissar gerichtet, die mit folgendem Antrag schließt: dem Vorgehen der polnischen Eisenbahndirektion in dieser Angelegenheit entgegenzutreten und die geeignet erscheinenden Schritte zu ergreifen, damit die Erteilung des Zuschlages an das Danziger Buchhandlungs- und Reklamebureau rückgängig gemacht und der Zuschlag einer der beiden meistbietenden Firmen erteilt werde, ferner in Anbetracht der außerordentlichen Dringlichkeit der Angelegenheit vorweg eine Entscheidung dahin zu geben, daß bis zur endgültigen Entscheidung der bisherige Pächter aus den Bahnhofsbuchhandlungen im Gebiet der Freien Stadt nicht entfernt werden darf.

Gegen ein solches Verfahren, das man am treffendsten mit Schiebung bezeichnet, muß natürlich sofort Einspruch erhoben werden. Dadurch sollen der Polonisierung Danzigs weitere Wege geebnet werden. Ein zwingender Grund zur Aenderung des jetzigen Verhältnisses liegt nicht vor, zumal auch polnische Literatur schon jetzt reichlich in den Bahnhofsbuchhandlungen zu haben ist. Im ordentlichen Verfahren hätte einer der beiden meistbietenden Firmen der Zuschlag erteilt werden müssen.

Die Entscheidung in der Postfrage.

Der Danziger Abordnung in Genf wurde die nachstehende das Ergebnis der in Genf geführten Verhandlungen zusammenfassende Mitteilung des Generalsekretariats übersandt:

„Der Hohe Kommissar, der von den Vertretern Danzigs und Polens gebeten worden ist, zu einzelnen Punkten seiner Entscheidung vom 25. Mai 1922, betreffend einen polnischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst in Danzig, eine Erklärung abzugeben, gibt bekannt, daß der 1. Absatz dieser Entscheidung von der Errichtung des Postdienstes an nur einer Stelle (Garnisonlagerett Bewilinsplatz) handelt. Wenn Polen diesen Platz als ungenügend erachtet, wird Danzig verpflichtet sein, weitere Räumlichkeiten in der unmittelbaren Nachbarschaft einzurichten, also nach der anderen Seite der Straße zu oder durch Aufbau auf das stehende Gebäude.

Absatz 2 behandelt die Erweiterung des Postdienstes und gibt Polen das Recht, über Ankauf oder Pachtung jedes anderen im Gebiete der Freien Stadt belegenen Platzes zu unterhandeln. Infolgedessen ist die Frage eines zweiten Gebäudes in Absatz 2 miteinbegriffen. Danzig stimmt der Ansicht in bezug auf ein zweites Gebäude nicht zu. Die Frage fällt somit unter Absatz 5. Polen kann für die Notwendigkeit dieser beiden Gebäude, die ihm bereits durch den Verteilungsausschuß der alliierten Hauptmächte für den Postdienst zugeteilt worden sind, sehr schwerwiegende Beweisgründe geltend machen. Dieser Umstand wird den Hohen Kommissar zweifellos bei der Entscheidung, die er treffen wird, wenn ihm die Frage vorgelegt wird, beeinflussen."

Der polnische Vertreter hat, nachdem er von der vorstehenden Verwaltungsabteilung und dem Hohen Kommissar mitgeteilt, 25. Mai 1922 Kenntnis genommen hat, dem Leiter der Verwaltungsabteilung und dem Hohen Kommissar mitgeteilt, daß Polen die gegen die Entscheidung eingelegte Berufung zurückziehe.

Pluczinskis Abschied?

Das in letzter Zeit mehrfach kritisierte Auftreten des polnischen Vertreters in Danzig, Minister Pluczinski, scheint selbst der polnischen Regierung zu Bedenken Anlaß gegeben zu haben. Die offizielle polnische Telegraphenagentur bringt nämlich folgende Meldung: „Infolge längerer Abwesenheit des Generalkommissars der Republik Polen, Minister Pluczinski hat die polnische Regierung den Generalkonsul Daniel Koszycki zum Vertreter mit dem ganzen Wirkungskreis eines Generalkommissars ernannt. Generalkonsul Koszycki hat heute sein Amt angetreten." – Es ist auffällig, daß selbst die polnische Presse diese Nachricht bringt, ohne dazu Einzelheiten mitzuteilen. Es liegt also sehr nahe, daß dieser längere Urlaub sehr leicht ein dauernder sein kann.

Katholische Jugend„erziehung".

Von ihrem früheren Geist, die Jugend in streng religiösem Sinne zu erziehen, das ganze Streben nur auf das Seelenheil zu richten, mußte die Jünglingsvereinsbewegung wegen der damit erzielten nur geringen Erfolge abgehen und einen anderen Kurs einschlagen, der den Forderungen der Jugendlichen nach freier Betätigung mehr Spielraum gewährte. Die Leiter der Jünglingsvereins-Bewegung erkannten, daß den Jugendlichen mit dem Gebet des Vaterunser nicht allein gedient wurde, so fügte man Bestrebungen ein, nämlich die Pflege von Turnen und Sport, daß die Jugendlichen den Bestrebungen dieser Bewegung mehr Beständigkeit entgegenbringen sollten. So fand am Sonntag ein Werbefest der katholischen Vereinigung „Deutsche Jugendkraft" auf Derras Sportplatz statt, wo unter anderem nachmittags ein Schauturnen vorgeführt wurde. Die Darbietungen waren außerordentlich mangelhaft. Ein Beweis, daß diese Sondergrüppchen von „Turnvereinen" nichts leisten und darum nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich sind.

Noch trostloser war der zweite Teil des „Festes". Im Saale waren die Gotteskinder, von Rauch umhüllt, so wild, daß man das eigene Wort nicht verstehen konnte. In diesem Getöse erklang — Verzeihung — verklangen die Klagetöne des Seelenhirten, der über die Interessenlosigkeit weiterte und feststellte, daß der guten Sache so wenig Unterstützung entgegengebracht würde. Auf der einen Seite solle die Jugend Turnen und Sport treiben als Ersatz für den verlorengegangenen Militarismus, auf der anderen Seite den Sport zum Gottesdienst machen: Arme Jugend in Ketten. Seine Worte endeten in dem Liede „Deutschland über alles."

Wenn diese Vereinigung keinen andern geistigen Stoff besitzt als den Dreck, der in einem Theaterstück zum Ausdruck kam, indem die Turnerlieder heruntergegrölt und verunziert wurden, ja selbst der Suff Verherrlichung fand, dann kann man sich diese katholische Jugenderziehung vorstellen. — Jugendland ist helliges Land. Was werden aber solche Werbefeste für Früchte tragen?

F. B.

Polnische Hetze.

Die Wirtshausprügelei zwischen Danziger Arbeitern und betrunkenen französischen Matrosen auf dem Kaffubischen Markt wird, wie nicht anders zu erwarten war, in der „Gazeta Gdanska" maßlos aufgebauscht. In der knalligen Ueberschrift heißt es u. a.: Französische Matrosen vom Pöbel massakriert! Das polnische Blatt verdächtigt die Danziger, daß sie sich vorher versammelt und dann auf die harmlos daherkommenden Franzosen eingeschlagen haben. Wer jedoch am Sonnabend durch Danzigs Straßen ging, sah mehr als einen angetrunkenen französischen Matrosen, der sein Geld, begünstigt durch den niedrigen Stand der Mark, in Alkohol umgesetzt hatte. Prügeleien zwischen Betrunkenen sollen auch in Polen nicht zu den Seltenheiten gehören, und in Hafenstädten sind Auseinandersetzungen zwischen Matrosen und Einheimischen durchaus nichts Neues. Um so lächerlicher ist es, wenn in der „Gazeta Gdanska" von einem wohlvorbereiteten Komplott gesprochen wird. Es wird sogar eine Untersuchung durch den Völkerbundskommissar verlangt und weiter gefordert, daß sich in Genf sofort eine Kommission bildet, die den Vorfall untersucht. — Derartige unlustsame Zusammenstöße würden sicherlich unterbleiben, wenn in Zukunft der Verkauf und Ausschank alkoholhaltiger Getränke an fremde Seeleute generell verboten würden.

Ausgabe von Zucker zum Höchstpreis. Der vom Senat beschlagnahmte und enteignete Zucker wird, wie die Zuckerstelle in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekannt gibt, an die Bevölkerung auf Grund von Zuckerkarten, die zusammen mit der Brotausweis- und Brotkarte von den Bäckern, Brotverkaufsstellen und Mehlhändlern ausgegeben werden, zur Verteilung gebracht. Die Zuckerkleinhändler haben sich zwecks Empfangnahme des Zuckers an die Zuckerstelle des Senats, Wiebenkaserne, Flügel B, Eingang Poggenpfuhl, 1. Obergeschoß, Zimmer 21, zu wenden. Der Verkaufspreis für den Zucker beträgt 80 Mk. für das Pfund.

Ausgabe von Brotausweis- und Brotkarten. Wie das Ernährungsamt im Anzeigenteil der heutigen Nummer unserer Zeitung bekanntgibt, werden diesmal mit den Brotkarten Brotausweiskarten an Stelle der abgelaufenen Nahrungshauptkarten gegen Ablieferung der ganzen Nahrungshauptkarte ausgegeben. Wer mehr Brotausweiskarten zu erlangen versucht, als ihm rechtmäßig zustehen, wird schwer bestraft. Alles Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Geldbuße für Körperverletzungen. Ein durch einen Messerstich gefährlich Verletzter regte bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht an, daß ihm eine Buße zugesprochen werde. Dieser Weg ist noch wenig bekannt, hat aber in vielen Fällen eine große Bedeutung. Das Schöffengericht ist in der Lage, dahin zu erkennen, daß der wegen Beleidigung, Verleumdung oder Körperverletzung Angeklagte eine Geldbuße bis zur Höhe von 6000 Mark, jetzt 60 000 Mark, an den Verletzten zu zahlen hat. Diese Geldbuße läuft neben der sonst verwirkten Strafe. Der körperlich Verletzte muß dann aber vorher den Antrag stellen, als Nebenkläger zugelassen zu werden. Wird auf Geldbuße erkannt, so verliert der Verletzte das Recht, gegen den Angeklagten auf weiteren Schadenersatz im Wege des Zivilprozesses zu klagen. Wer also glaubt bei dem Angeklagten auf eine große Zahlungsfähigkeit rechnen zu können, für den empfiehlt sich der Weg, als Nebenkläger eine Geldbuße zu beantragen. Kosten erwachsen ihm dadurch nicht. Er erhält durch das Urteil dann einen Rechtsanspruch auf Geldzahlung gegen den Angeklagten, den er jederzeit geltend machen kann. In andern Fällen, wenn es sich um größeren Schadenersatz und einen zahlungsfähigen Angeklagten oder für den Angeklagten Haftenden handelt, empfiehlt sich die Zivilklage. Sie kann auch im Wege des Armenrechtes durchgeführt werden. Die Gerichtskosten bei größeren Schadenersatzansprüchen sind sonst recht erheblich. Im allgemeinen wäre es recht nützlich, wenn die Körperverletzer auch dazu angehalten würden, den von ihnen angerichteten Schaden zu ersetzen.

Als vermutlich gestohlen sind von der Kriminalpolizei angehalten: 1 Damen-Pelzmantel und 1 Leiter, 8 Meter lang. Etwaige Bestohlene können sich melden im Polizeipräsidium, Zimmer 20.

Auf frischer Tat ertappt. Der Arbeiter K. G. wurde von dem Besitzer eines hiesigen Cafés dabei überrascht, als er mittels Nachschlüssels in den Vorratraum eindringen wollte. Eine durch Beamte der Schutzpolizei bei G. vorgenommene Haussuchung brachte eine ganze Reihe Gegenstände zum Vorschein, die der Besitzer als sein Eigentum erkannte. G., seine Ehefrau und der bei G. wohnende Arbeiter B. Z., welcher ebenfalls vorher in dem betr. Café beschäftigt war, wurden wegen Diebstahls bzw. Hehlerei dem Polizeigefängnis zugeführt.

Der verdächtige Pappkarton. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag beobachtete ein Beamter der Schutzpolizei einen Mann, der einen großen Pappkarton trug und sich in einer Hausnische in der Hopfengasse versteckte. Da er auf Befragen unklare Antworten gab, wurde er der Bezirkswache zugeführt. Hier wurde festgestellt, daß der Karton 12 Paar Salamander-Damenschuhe und Stoff im Werte von zusammen 50 000 Mark enthielt, die einer hiesigen Firma gestohlen waren. Es handelt sich um den Arbeiter F. R. In seiner Wohnung wurden außerdem 2 Paar neue Salamander-Halbschuhe, 6 Pack Zigaretten und 2 Säcke Hanf vorgefunden. R. wurde dem Polizeigefängnis zugeführt.

Abgelehnt! Am Freitag sollte bei Senator Colban ein Diner für die polnische und Danziger Delegation in Genf stattfinden. Nach den Freitagsbeschlüssen des Völkerbundes (Munitionslagerplatz auf dem Holm) erklärte jedoch die Danziger Delegation, daß sie zu diesem Essen nicht erscheinen würde, wodurch dann dieses Diner abgesagt wurde.

Standesamt vom 5. September 1922.

Todesfälle: Hilfsweichensteller Eduard Rexin, 20 J. 4 M. — Sohn des Klempners Albert Steczniewski, 6 J. 1 M. — Frau Anna Lamparski geb. Mankowski, 61 J. 8 M. — Tochter des Fräsers Robert Marach, 5 J. 1 M. — Frau Alice Muhl geb. Jankowski, 21 J. 5 M. — Unehelich 1 Tochter.

Das Sylvester-Schäffer-Gastspiel im Wilhelm-Theater.

Tatsache ist leider, daß von einem Teil der bürgerlichen Presse Variete-Darbietungen auch dann in den Himmel gelobt werden, wenn es sich um höchst zweifelhafte Kunst handelt. Das Unterhaltungsgenre spielt bei dieser nur lobenden Variete-„Kritik" eine bedeutsame Rolle. Die sozialdemokratische Presse hat sich von dieser Art Kritik stets freigehalten. Um so mehr können wir die außerordentliche Persönlichkeit des diesmaligen Spielplanes des Wilhelmtheaters anerkennen. Sylvester Schäffer ist heute unzweifelhaft der größte Stern am Variete-Himmel. Was diesen Künstler vor allem auszeichnet, ist seine bewundernswerte Vielseitigkeit. Sei es, daß er als Zauberer, als Humorist, als Kunstschütze, als Violinvirtuose, als Schnellmaler oder als Schulreiter auftritt, immer verblüfft er das staunende Publikum durch seine exakt ausgeführten Darbietungen. Sein eigentliches Gebiet ist allerdings die Jongleurkunst, in der er Leistungen zeigt, wie sie in Danzig wohl noch nicht geboten werden sind. Am Schluß seiner zahlreichen Darbietungen zeigt er sich in zwei sehr hübsch aufgemachten Wetterlandbildern als Parforce- und altarabischer Kämpfer.

Es ist besonders erfreulich, daß die Direktion des Wilhelmtheaters für das Beiprogramm Kräfte verpflichtet hat, die sich nicht an unverteilbarkeit von den Weltleistungen Sylvester Schäffers abheben. Das Programm wird eröffnet durch einen hübschen Ballett der Gebrüder Marcel, denen die drei „Sechsen" folgen, die als Handstandakrobaten unerhörte Leistungen vollbringen. Eine angenehme Bereicherung des Programms bildet ein Gesangsvortrag „Das Lied am Deutschen Herd", in welchem der von seiner früheren Tätigkeit am Danziger Stadttheater bekannte Kammersänger Walter mit zwei Sängerinnen im Gewande einer mittelalterlichen Weiterfamilie deutsche Volksweisen zum Besten gab. Viel Heiterkeit und Staunen der Anerkennung erregte der Wolfsmitmensch „Joe Brick". Lebhaften Beifall erntete auch ein spanisches Tänzerpaar, das besonders in seiner Tanzszene „Indische Legende" durch die geschmackvolle Wahl der abgetanzten Tanzleistungen und die farbenprächtigen Gewänder das Entzücken des Publikums hervorrief. Der diesmalige Spielplan des Wilhelmtheaters ist für den kunstliebenden Varietéfreund ein wirklicher Genuß.

Polizeibericht vom 5. September 1922. Festgenommen: 13 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 2 wegen tätlichen Angriffs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung, 1 wegen Bettelns, 1 zur Feststellung aufgegeben, 1 wegen Uebertretung, 3 in Polizeihaft.

Letzte Nachrichten.

Der Vormarsch der Türken.

London, 5. Sept. Die Presse befaßt sich eingehend mit der durch die Niederlage des griechischen Heeres in Klein-Asien geschaffenen Lage. Reuter meldet einen mehrfachen Wechsel in der griechischen Heeresleitung. Aus Smyrna meldet Reuter, der türkische Vormarsch dauert an der ganzen Front an. Die griechischen Truppen ziehen sich kampflos zurück. Beim Rückzug werden die Städte und Dörfer im Innern niedergebrannt. Tausende von christlichen Flüchtlingen nahern sich Smyrna. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Daily News" schreibt, daß gestern zwischen Vertretern der britischen, französischen und italienischen Regierung Erörterungen über die Herbeiführung eines Waffenstillstandes im griechisch-türkischen Kriege stattgefunden haben. Es verlautet, daß bei diesen Erörterungen vollständige Uebereinstimmung zwischen den Mächten zutage getreten sei. Man nehme in amtlichen Kreisen an, daß die Hauptbedingung für einen Waffenstillstand die Räumung Klein Asiens durch die Griechen sein werde. Es sei wahrscheinlich, daß die Regierung von Angora außerdem fordern würde, daß die Griechen auch Thrazien aufgeben. Es sei jedoch sicher, daß die Mächte in dieser Frage nicht nachgeben würden.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter.
Mittwoch, den 6., abends 6 Uhr in der Maurerherberge, Schüsseldamm: Versammlung.

Heutiger Devisenstand in Danzig.
(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

Polnische Mark:	19,—	am Vortage	13,—
Amer. Dollar . :	1475	„ „	1450
Englisches Pfund:	6759	„ „	6500

Wasserstandsnachrichten am 5. September 1922.

	3. 9.	4. 9.				
Zawichost	+ 0,90	+ 0,87	Kurzebrack	+ 0,81	+ 0,88	
	3. 9.	4. 9.	Montauerspitze	+ 0,27	+ 0,34	
Warschau	+ 0,99	+ 0,94	Pieckel	+ 0,20	+ 0,27	
	3. 9.	4. 9.	Dirschau	+ 0,35	+ 0,40	
Plock	+ 0,70	+ 0,67	Einlage	+ 2,28	+ 2,21	
	4. 9.	5. 9.	Schiewenhorst	+ 2,52	+ 2,48	
Thorn	+ 0,54	+ 0,50	Regat:			
Fordon	+ 0,44	+ 0,43	Schönau O. P.	+ 6,45	+ 6,46	
Culm	+ 0,40	+ 0,40	Galgenberg O. P.	+ 4,63	+ 4,61	
Graudenz	+ 0,52	+ 0,56	Neuhorsterbusch	+ 2,26	+ 4,26	
			Anwachs	+ .	+ .	

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Kenner fordern Kühne's Essig

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung über Festsetzung des Zuckerhöchstpreises.

§ 1.

Auf Grund des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, ergänzt durch Verordnung vom 23. September 1915, 23. März 1916 und durch die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R. G. Bl. 1914 S. 339, 516, 1915 S. 683; 1916 S. 181, 1918 S. 395) wird hierdurch der Kleinhandelspreis für Zucker, der zur Abgabe auf im ganzen Freistaatgebiet gültige Zuckerkarten an die versorgungsberechtigte Bevölkerung bestimmt ist, auf 30 M. für das Pfund festgesetzt.

§ 2.

Die näheren Ausführungsbestimmungen erlassen die Stadt- und Landkreise nach Anweisung des Senats.

§ 3.

Höchstpreisüberschreitung sowie die Verweigerung der Abgabe von Zucker auf Karten im Kleinhandel werden nach den Bestimmungen der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395) bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 1. September 1922. (7175

Der Senat der Freien Stadt Danzig.
Abteilung für Handel und Gewerbe.
Dr. Bleyer. Jewelowski.

Ausgabe von Zucker.

Gleichzeitig mit der Brotausweis- und Brotkarte gelangt an die Bevölkerung durch die Bäcker usw. eine Zuckerkarte zur Ausgabe. Die Zuckerkleinhändler haben sich zwecks Zuweisung des Zuckers an die Zuckerstelle des Senats, Wiebenkaserne, Flügel B, Eingang Poggenpfuhl, 1. Obergeschoß, Zimmer 21 zu melden.

Der Verkaufspreis für den Zucker beträgt Mark 30,— für das Pfund.

Danzig, den 5. September 1922

Der Senat. Zuckerstelle. (7177

Ausgabe der Brotausweis- und Brotkarte.

Gegen Abgabe der ganzen Nahrungshauptkarte, an der sich die Hauptmarken Nr. 35 bis 38 befinden müssen, wird diesmal zusammenhängend mit der Brotkarte eine Brotausweiskarte, die zur weiteren Empfangnahme von Brotkarten und sonstigen zur Ausgabe gelangenden Karten berechtigt, von den Bäckern, Brotverkaufsstellen und Mehlhändlern ausgegeben und zwar für jede Nahrungshauptkarte A eine Brotausweiskarte A und für jede Nahrungshauptkarte B bezw. C eine Brotausweiskarte B. Auf Nahrungs-Hauptkarten, an denen die Nummern 35 bis 38 oder Teile der Nahrungshauptkarten selbst fehlen, dürfen keine Brotausweiskarten ausgegeben werden. Diese Personen müssen sich beim Ernährungsamt, Wiebenkaserne Flügel B, Eingang Poggenpfuhl, 1. Obergeschoß, Zimmer 13, melden. Die Brotausweiskarte muß von dem Empfangsberechtigten an dem perforierten Rand abgetrennt und gemäß Vordruck mit seinem Vor- und Familiennamen, dem Geburtsdatum und der Wohnung (Straße und Hausnummer) in Tintenschrift versehen werden.

Fehlen diese Angaben auf der Brotausweiskarte, so ist dieselbe ungültig und die Bäcker und Brotverkaufsstellen sowie Mehlhändler und sonstige Gewerbetreibenden dürfen keine Brotkarten, Zuckerkarten usw. darauf ausgeben. Ebenso ist die Karte ungültig, wenn sie nicht den Trockenstempel des Senats und den Firmenstempel des Bäckers, der Brotverkaufsstelle oder des Mehlhändlers usw. trägt. Brotausweiskarten, die nicht in der oben erwähnten Weise ausgefüllt sind oder den Trockenstempel des Senats, sowie den Firmenstempel des Brotkartenausgebers nicht tragen, sind von den Brotverkäufern usw. einzubehalten und dem Ernährungsamt einzureichen.

Wer auf Grund unrechtmäßig erlangter Nahrungshauptkarten mehr Brotausweiskarten bezieht, als ihm rechtmäßig zustehen, wird zur Verantwortung gezogen und gegen ihn ohne Rücksichtnahme ein Verfahren bei den Strafgerichten eingeleitet werden.

Danzig, den 3. September 1922. (7178

Der Senat.
Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.
Ernährungsamt.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper

Heute, Dienstag, den 5. September, abds. 7 Uhr:
Dauerkarten B 1. Neu einstudiert

Pygmalion

Komödie in 5 Akten von Bernard Shaw
Spielleitung: Heinz Brede. Inspekt: Emil Werner

Frau Higgins	Frieda Richard
Professor Henry Higgins, ihr Sohn	Carl Brückel
Eliza, seine Tochter	Erna Fredersdorf
Frau Eynsford Hill	Joh. Prell-Gallinski
Clara	Erika Feis
Freddy	Hans Blumhoff
Oberst Pickering	Ferdinand Neuert
Frau Pearce	Irmgard von Weber
Ein Hausmeier	Karl Kobinke
Der sprachkundliche Professor	Gustav Marx
Ein Stubenmädchen	Lola Paalz

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr

Mittwoch, den 6. September, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. Gewöhnliche Opernpreise. **„Die lustigen Weiber von Windsor"** komische phantastische Oper in 3 Akten von O. Nicolai.

Donnerstag, den 7. September, abends 6 Uhr: Dauerkarten D 1. Gewöhnliche Schauspielpreise. Zum 1. Male: **„Die Kronprätendenten."** Historisches Schauspiel in 5 Akten (16 Bildern) von Henrik Ibsen. (7134

Freitag, den 8. September, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. **Die Zauberflöte.** Oper.

Sonnabend, den 9. September, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Ermäßigte Schauspielpreise. Neu einstudiert: **„Romeo und Julia".** Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespeare.

Sonntag, den 10. September, abends 6½ Uhr: **„Lohengrin".** Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Jochwedson's
Union-Parfümerie
Ziegengasse 6, Ecke Heilige Geistgasse
Fernsprecher 2734
empfiehlt
Parfüms, Seifen, Toilette- und Bürsten-Artikel.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Wilhelm-Theater

Das Tagesgespräch!
von Danzig ist
Sylvester Schäffer!!
der weltberühmte Universalkünstler
und das große
Weltstadt-Programm!
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf bei Gebr. Freymann.

LIBELLE:
Bier-Kabarett anschl. Wein-Kabarett

Tüchtiger Maschinenarbeiter
im Fräsen für dauernde Beschäftigung gesucht. Am liebsten Modelltischler. (
Ovalrahmenfabrik Zamory,
Tischlergasse 22.

Großstückschneider,
Heimarbeiter, für feinste Lagerarbeit bei dauernder Beschäftigung gesucht.
Es wollen sich nur wirklich erstklassige Arbeiter melden. Zahle über Tarif. (7168
Leo Czerninski, Schichaugasse 25, III.

1 tüchtiger, erfahrener
Auto-Obermonteur
bei hohem Gehalt von sofort gesucht.
Altendorff & Loewenthal,
Wallgasse 6—9. (7172

Laufbursche
ordentlich und ehrlich, von sofort für ein Export-Geschäft gesucht. (7166
Handelsmaatschaftly
Menten & Stark,
Große Wollwebergasse 11.

Tischler sucht
Geister, Langfuhr,
Husaren-Kaserne 1. (7176

Bäckerlehrling
sof. gesucht. **Schwarz,**
Schidlitz, Kirchenw. 2 (7169

Laufbursche,
Sohn achtbarer Eltern, gesucht. (7160
Holzexport
Schönberg & Co.
Danzig, Böttcherg. 23-27.

Putzarbeiterin
gesucht.
Marie Beutler,
Kohlenmarkt 9.

Tüchtige erste Putzarbeiterin
für dauernde selbständige Stellung gesucht.
Kaufhaus William Stobbies,
Danzig-Neufahrwasser.

Saubere, ehrliche Aufwartung
für vormittags gesucht.
Heil. Geistgasse 131, 3 Tr.

Jüngere Kraft, mit Schreibmaschine u. Stenographie vertraut als
Privatsekretärin
gesucht. Angeb. unt. E. 680 a. d. Exp. d. Volksstimme. (

Buchhalterin
poln. Sprache und Schrift erwünscht, bilanzsicher, per bald gesucht. Angebote mit Ang. bish. Tätigkeit und Gehaltsanspr. unt. E. 612 an die Expedition der Volksstimme (

Ordentliches Laufmädchen
gegen guten Lohn von sofort gesucht. (7164
David Maizel,
Jopengasse 81

Kinderwagen,
elegant, gut erhalten, zu verkaufen. Händler verbeten. Wo sagt die Exp. der Volksstimme. (

Sportliegewagen, Anzug
verkauft **Groß,** Ohra, Südstraße 18. (7174

Eine alte Singer-Nähmaschine,
Langfuhr, Unterges. Gruh zur Nähmaschine, eine Fahrradnabe (Hinterrad), ein Tretlagerzahnkranz zu verkauf. Wo sagt die Exped. der Volksstimme. (

Fahrrad
zu verk. Ang. unt. **E 677** a. d. Exp. d. Volksst. (

2 Reißbretter
gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Rischert, Fischmarkt 50, 1 Treppe. (

Wirtschaftsgeräte,
Stühle, Lampen u. verschiedenes Kochgeschirr zu verk. Besicht. von 2—4 und 4—5 Uhr. (
Frau **Bartsch,**
Pfefferstadt 13, 2 Tr.

Ein Billard
mit Marmorplatte zu verkaufen. Offerten unt. V. 669 an die Expedition der Volksstimme. (

2 echte junge Hunde
und 1 älterer zu verkauf. Feldstraße 6, pt. Besicht. von 3 Uhr ab. (

Hobelbank
zu kaufen gesucht. **Link,** Stiftsgasse 9. (

Nähmaschine, eisern. Kinderbett
zu kaufen gesucht. Angeb. unter 687 an die Exp. der Volksstimme. (7171

2rädriger
Kind-Sportwagen
zu kaufen ges. Ang. u. E 683 a. d. Exp. d. Volksst. (

Bücherschrank
u. Schreibtisch (nußbaum) zu kaufen ges. Ang. u. E 671 a. d. Exp. d. Volksst. (

Großer eiserner
Koks-Füllofen
zu kaufen gesucht. Angeb. unter E. 660 an d. Exped. der Volksstimme. (

Ein Satz gut erhaltener
Betten
zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis u. E 649 an die Exped. d. Volksstimme. (

Klein. eiserner Ofen
zu kaufen gesucht. Angeb. unter V. 688 a. d. Exped. der Volksstimme. (

Mandoline
zu kaufen ges. Ang. u. E 679 a. d. Exp. d. Volksst. (

Wohnungstausch!
Stube, Kabinett u. Küche, alles hell, zu tauschen geg. 2-Zimmer-Wohnung. Angebote unt. V. 685 a. d. Exped. d. Volksstimme. (

Beamter, Dauermieter, sucht zum 1. 9. ein
möbliertes Zimmer.
Offerten unt. E. 645 an die Exped. der Volksstimme. (

Junge Dame
sucht möbl. Zimmer oder saubere Schlafstelle. Ang. unter E. 641 an die Exp. der Volksstimme. (

Leeres Zimmer
sucht Dauermieter sofort. Innere Stadt erwünscht. Angeb. unt. E. 665 an die Exped. d. Volksstimme. (

Einf. möb. Zimmer
in Danzig v. jung. Mann gesucht. Nähe Weidengasse. Angebote unter E. 643 an die Exp. Volksstimme. (

Lagerkeller
Nähe Breitgasse zu mieten gesucht. Angeb. u. E. 665 a. d. Exp. d. Volksstimme. (

Tüchtige
Krawattennäherin
sucht noch Aufträge. Angeb. unter V. 686 an die Exp. der Volksstimme. (

Wer gerbt
Kaninchen- u. Fuchsfelle? Angeb. an **Frau Hopp,** Petersh. h. d. Kirche 27. (

1 Herrenmanschette
mit Knopf am Hevelinsplatz gefunden. Abzuholen b. Archimowitz, Spendhausneugasse 9 pt. (

Stenographie
Einzelunterricht
Tages- u. Abendkurse
Otto Siede, Neugarten 11

Guter
Privat-Mittagstisch
möglichst Altstadt, von 2 jungen Leuten gesucht. Angebote unter E. S. an die Exp. d. Volksstimme. (